

Volks-Zeitung

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Feiertage und Montage einmal...

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Hausgartenztg Techn.Zeitung Witzblatt.ULK

Strasse 17-18, Moritzplatz, Müllerstrasse 130, Potsdamer Strasse 17, Rathenower Strasse 2, Bismarckstrasse 79, Bismarckstrasse 46, Schiffbauerdamm...

Donnerstag Interparlamentarische Konferenz Wie der Thüringer Rechtsblock regierte

Zwei fünfteil Prozent Erfolg

Unsere tüchtigen Finanzämter

Von

Dr. Victor Goldschmidt

Das Reichsfinanzministerium hat ein paar unangenehme Stunden hinter sich, und ein paar vielleicht noch peinlichere stehen ihm bevor.

Entweder hat das Reichsfinanzministerium die Wahrheit gesagt oder nicht. Nehmen wir das erste an. Niemandem wird es leicht fallen, das zu glauben.

Das Reichsfinanzministerium jammert über die Schlechtigkeit der Steuerhinterzieher; sie fliehen ins Ausland, sie leisten den Offenbarungseid, sie fallen der Erwerbslosenfürsorge zur Last.

Höchstens noch damit, dass die Höhe der ausgesprochenen Strafen grotesk, unwirklich, gleichsam von vornherein nur fürs Papier gedacht ist.

Internationales Parlament in Berlin

Zusammentritt der Interparlamentarischen Union — Wie Wilhelm II. im Jahre 1908 die Weltdemokratie ignorierte

Am Donnerstag wird in Berlin die diesjährige Konferenz der Interparlamentarischen Union eröffnet, die von mehr als 600 Parlamentariern aus allen Teilen der Welt besucht sein wird.

Die Interparlamentarische Union bringt damit zum Ausdruck, dass sie das neue Deutschland als einen der stärksten Faktoren der internationalen Friedenspolitik zu würdigen weiss.

Schon vor dem Kriege hatte die Interparlamentarische Union eine ihrer Tagungen in Berlin abgehalten.

Damals hat das Oberhaupt des Deutschen Reiches, Wilhelm II., es nicht einmal für notwendig befunden, die Teilnehmer der interparlamentarischen Konferenz zu empfangen.

Ganz im Gegensatz zu den prunkvollen Empfängen, die das kaiserliche Deutschland ausländischen Fürstenbesuchern bereite — solche Empfänge kosteten Hunderttausende.

Die deutsche Delegation für Genf

Die Zusammensetzung der deutschen Delegation für die bevorstehende Genfer Ratsagung steht unannehmlich fest.

Auch der Duce kennt Furcht. Mussolini hat den italienischen Botschafter in Paris, Graf Manzoni, beauftragt, den Kellogg-Pakt für Italien zu unterzeichnen.

Sowjetpension für den „Internationalen“-Komponisten. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat beschlossen, dem Komponisten der „Internationalen“, dem Belgier Degenyter, eine lebenslängliche Pension auszusetzen.

finanzministeriums nicht ganz klar: bekanntlich tritt an Stelle einer nicht eintrittbaren Steuergeldstrafe Gefängnis.

Aber man verzeihe schon: die ganze Geschichte macht einen etwas unwahrscheinlichen Eindruck.

parlamentarischen Gästen naturgemäß auch Sozialdemokraten gehörten, und damals war der Schlossherr von Doorn noch viel zu sehr „Majorität“, um einen Sozialisten zu empfangen.

In der Republik wird man der interparlamentarischen Konferenz eine ganz andere Beachtung zu schenken wissen.

Die Bestrebungen der Interparlamentarischen Union gehen bekanntlich dahin,

neben dem Völkerbund, dem Parlament der internationalen Regierungen, das internationale Parlament der Volksvertretungen darzustellen.

Ihre bisherigen Leistungen auf dem Gebiete der Friedenspolitik — man denke nur an den von ihr angeregten Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit — berechtigen sie auch dazu, diese Stelle in der internationalen Politik einzunehmen.

Auch auf der Berliner Tagung werden Fragen von grosser politischer Bedeutung behandelt werden.

Streik in der Herrenkonfektion

Beschluss der Berliner Gewerkschaftsorganisationen

Die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins der Bekleidungsindustrie (H.-D.) nahmen gestern Abend in den Union-Festsälen der Lage in der Herrenkonfektion Stellung.

Nach einer erregten Debatte wurde beschlossen, in den Streik einzutreten.

Nach einer erregten Debatte wurde beschlossen, in den Streik einzutreten. Der Zeitpunkt der Arbeitsniederlegung soll heute Abend in verschiedenen Versammlungen aller Bekleidungsorganisationen festgelegt werden.

von zweihundertfünfzig hereinzubekommen — alle Hochachtung vor der Unfähigkeit der Finanzbeamten, aber da glaubt man doch schon lieber, dass das Reichsfinanzministerium nicht die volle Wahrheit verkündet hat.

Und damit wäre eine zweite noch interessantere Frage zu tun: was ist nun wirklich mit den aus Steuerstrafen vereinnahmten Geldern geschehen? Welche Fonds wurden aus ihnen gespeist? Weshalb erfolgt keine etatsmäßige Verrechnung, genau auf den Pfennig? U. A. w. g.!

Das Ende einer Rechtsblockherrschaft

Warum die Regierungsmehrheit in Thüringen gesprengt wurde

Die Herrschaft des thüringischen Rechtsblocks steht vor dem Zusammenbruch. Nachdem die Demokraten beschlossen haben, aus der Regierung auszutreten, haben die Rechtsparteien nicht mehr die Möglichkeit, dem Lande ihre verworrenen Interessenpolitik aufzuzwingen.

Die Demokraten hatten sich vor anderthalb Jahren angesichts der Unmöglichkeit, die Sozialdemokraten mit den Gruppen auf der Rechten zu einer Koalition zusammenzuführen, vor die Notwendigkeit gesetzt gesehen, eine Koalition mit den Rechtsparteien einzugehen. Sie taten das in der Hoffnung, dass es möglich sein würde, durch eine konsequente Politik auf der Linie des Ausgleichs und der inneren Befriedigung die Verhältnisse in Thüringen zu konsolidieren.

Der Verlauf der Ereignisse in den ersten Monaten nach der Regierungsbildung liess diese Hoffnung auch als gerechtfertigt erscheinen. Dann aber zeigte es sich, dass die an der Regierung beteiligten Rechtsgruppen in wachsender Masse unter dem Einfluss und Druck der ausserhalb der Regierung stehenden deutschnationalen und Nationalsozialisten geneigt waren, von diesem Kurs abzuweichen und die Demokraten bei verschiedenen Gelegenheiten zu brüskieren. Diese Entwicklung ist in demokratischen Kreisen mit steigendem Misbehagen beobachtet worden. Die Vorgänge der letzten Zeit haben nun die Deutsche demokratische Partei in Thüringen vor die Frage gestellt, ob sie bei den schweren Provokationen der Rechten vor sich selbst und dem Lande ein weiteres Verbleiben in der Regierung rechtfertigen können.

Diese Frage war entschieden zu verneinen, nachdem sich festgestellt hatte, dass die Deutsche Volkspartei die politischen

Verhältnisse vollkommen verkannt hatte. Obwohl es ihre Pflicht gewesen wäre, die Beziehungen zu den reaktionären Nachbarparteien zu lösen, um mit den Demokraten loyal zusammenarbeiten zu können, haben sich die Volksparteiler nicht geschert, weiter mit den deutschnationalen und den Hakenkreuzern zu paktieren. Es scheint, dass nach dem Einmarsch der Reichswehr in den kritischen Tagen von 1923 diesen Leuten der Kampf derart geschwollen ist, dass sie ihre Politik der dauernden Provokationen gegenüber der Linken mit dreier Beharrlichkeit fortsetzen zu können glauben.

Jetzt nach der Kampfansage der Demokraten scheint die Deutsche Volkspartei allmählich einzusehen, dass sie sich in eine unmögliche Lage begeben hat. Wie gemeldet wird, wollen die Volksparteiler die demokratischen Mitglieder der Regierung dazu überreden, trotz des eindeutigen Beschlusses der demokratischen Parteiorganisation in der Regierung zu verbleiben und sich somit in offenen Widerspruch zu ihren eigenen Parteifreunden zu setzen.

Es ist selbstverständlich, dass die demokratischen Regierungsmitglieder es ablehnen werden, sich auf eine derart unwürdige Zumutung einzulassen.

Die Deutsche Volkspartei, die gerade in Thüringen in einem überaus reaktionären Fahrwasser segelt, soll jetzt sehen, wohin sie mit ihrer deutschnationalen und hakenkreuzerischen Gefolgschaft geraten ist. Aller Voraussicht nach wird sich eine Auflösung des thüringischen Landtags kaum vermeiden lassen, so dass das Volk schon sehr bald die Entscheidung darüber zu fällen hat, ob es sich die Regierungsmethoden dieser Volksparteiler und ihrer reaktionären Gesinnungsfreunde noch länger gefallen lassen will.

Den Krankenkassen geht es schlecht

Wann wird bei den 694 Kassen endlich rationalisiert?

KÖNIGSBERG, 20. August.

Der Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands, der 694 Krankenkassen mit rund dreieinhalb Millionen Versicherten umfasst, hält gegenwärtig in Königsberg seine Tagung ab. Die Begrüßungsansprache hielt der Reichstagsabgeordnete Ziegler von der Deutschen demokratischen Partei, der im Namen sämtlicher erschienenen Abgeordneten sprach. Er betonte, dass dem Reichstag folgenreiche Entscheidungen bevorstünden. Die Wünsche und Forderungen des Kongresses würden den Parteien Gegenstand erster Beachtung sein. Dem Geschäftsbericht erstattete Verbandsdirektor Schulte aus Berlin, der die Lage der Krankenkassen im Jahre 1928 als sehr bedenklich ansieht.

Bei zahlreichen Kassen reihen die Einnahmen nicht zur Deckung der Ausgaben.

Es sei fraglich, ob die zurzeit gültigen Beiträge von diesen Krankenkassen auf die Dauer beibehalten werden können. Der Zersplitterung der Krankenkassen müsse endlich Einhalt getan werden.

Oberbürgermeister Dr. Luppe aus Nürnberg sprach über Rationalisierung der Sozialversicherung und behandelte die Ersparnismöglichkeiten, die besonders hinsichtlich der Organisation der Versicherten und des ganzen Apparates möglich erscheinen. Luppe meint, dass die Verwaltungskosten einen gewaltigen Kostenaufwand verursachen, und begründete die Möglichkeit einer stärkeren Zusammenfassung der einzelnen Versicherungszweige, von denen er sich eine erhebliche Kostenverminderung verspricht.

694 Krankenkassen, — ist das wirklich notwendig? Und soll man sich da wundern, dass bei dem bürokratischen und luxuriösen Verwaltungsapparat jeder dieser Kassen die Einnahmen nicht die Ausgaben decken? Bevor hier aber irgendwie von Erhöhung der Mitgliedsbeiträge die Rede sein kann (sie sind ohnehin schon hoch genug), muss man energisch durchgreifende Rationalisierung, Abbau der überhöhten Verwaltungskosten fordern, die von dem Geld der kleinen Angestellten zu niemandes Freuden gezahlt werden!

Religion soll liberal sein

Der Weltkongress des liberalen Judentums in Berlin — Bekenntnis zur deutschen Volkzugehörigkeit — Zum ersten Male eine Frau auf der Kanzel

Vom Sonnabend bis Montagabend fand in den Räumen des preussischen Landtags die zweite Weltkonferenz des liberalen Judentums statt, zu der sich die liberalen Delegierten aus 40 Ländern der Welt in Berlin versammelt hatten. Es war eine Heranführung der bedeutendsten Vertreter des liberalen Judentums, und leicht über die konfessionelle Bedeutung hinaus eine Heranführung des Liberalismus, des liberalen Weltgedankens, der auch innerhalb der Religionsgemeinschaften immer grössere Kreise umgibt.

Der Saal mit vielen Hunderten von Delegierten aus allen Ländern der Welt bot ein festliches Bild, wie es selbst für Berlin, das internationale Kundgebungen kennt, aussergewöhnlich ist. Neben aus den Vereinigten Staaten waren 35 Delegierte erschienen, daneben besonders zahlreich die Vertreter Englands, Frankreichs und Deutschlands.

Claude G. Montefiore, ein Enkel des berühmten englischen Philanthropen, führte in der Eröffnungssitzung den Vorsitz. Der fünfzigjährige, als Vorsitzender des Weltverbandes für religiös-liberales Judentum von den Anwesenden lobhaft begrüsst, wies während auf den inneren Zweck dieses Kongresses hin: Für ein liberales Judentum eine neue Form des religiösen Lebens, der religiösen Gemeinschaft zu finden.

Darüber hinaus aber durch die Verwirklichung der Friedensidee und des Gedankens der internationalen Verständigung den Weg zu einer neuen Gemeinschaft aller Menschen zu finden.

Darauf überbrachte Legationsrat Graf Tattenbach die Glückwünsche der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung. Rechtsanwalt Stern begrüsste im Namen der deutschen liberalen Juden den Kongress. Ueber die Bedeutung des Liberalismus für jede ethische und religiöse Gemeinschaft sprach dann am Sonntag Rabbiner Dr. Baeck (Berffn), dessen Referat über „Die Botschaft des liberalen Judentums an die Juden von heute“ im Mittelpunkt der Tagung stand. „Der

Orthodoxe“, so führte Dr. Baeck unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden aus, „stellt weniger sittliche Anforderungen an sich und an seine Mitmenschen als der Liberale. Er resigniert — und sieht seine einzige Aufgabe in der Erfüllung der Gebote. Der Liberale denkt weiter, über die Grenzen des Gettos hinaus, erblickt darin das tiefste Wesen der Religion, dass er auch ohne Dogmenvorschrift den anderen Menschen gegenüber sittliche Pflichten zu erfüllen hat.“ Der Liberalismus müsse sich nur davor hüten, in verschwommenen ethischen Phrasen aufzugehen. Die Religionsauffassung der Orthodoxie habe heute für die Mehrzahl der Juden keine Gültigkeit mehr, es gelte jetzt für die liberale Religionsauffassung neue Lebensformen zu finden. Ausführlich ging Baeck auch auf die Stellung des deutschen Juden, des deutschen Staatsbürgers jüdischen Glaubens ein. Das Leben im Getto sei nur ein Gefängnis-dasein gewesen.

Der deutsche Jude fühle sich in seinem Volkstum ebenso als Deutscher, wie er in seiner Religion Jude sei.

Diese Ausführungen wurden dann noch in den Sitzungen der einzelnen Sektionen durch die Rede des Frankfurter Dr. Hoffmann unterstützt. Das Bewusstsein der Volkzugehörigkeit, führte dieser aus, könne heute im liberalen Juden durch nichts erschüttert werden. Er könne keinen Riss zwischen jüdischen und christlichen Deutschen, engste Verbindung sei hier möglich und dringend erforderlich.

Die Diskussion im einzelnen brachte zahlreiche Vorschläge und Anregungen.

Besondere Aufmerksamkeit fand die englische Delegierte Lily H. Montagu, die als erste Frau in Deutschland bei einem einleitenden Festgottesdienste am Sonntag als Geistliche von der Kanzel sprach.

Die Tagung schloss mit der einstimmigen Wiederwahl des bisherigen Vorstandes des Weltverbandes für religiös-liberales Judentum, C. G. Montefiore und Miss Lily Montagu.

„Ritter von Wortschitzky-Suwerow“

Wie ein 20jähriger Schwindler die „Kaisertruen“ nepte

Vor dem Innsbrucker Gericht hatte sich der jüngste österreichische Nationalheld wegen Betruges zu verantworten. Der zwanzigjährige Franz Wortschitzky war Mitglied der „Heimwehr“ des Operettenobersten Wolf, wurde aber von Wolf aus der „kaisertruen Volkspartei“ wegen schlechten Benehmens ausgeschlossen. Wortschitzky muss sich schon sehr schlecht benommen haben, wenn er das Missfallen des Obersten Wolf erregen konnte. Eine Leistung!

Der zwanzigjährige Franz liess den habsburgisch-monarchistischen Kopf nicht hängen — mit vier anderen jungen Burschen gründete er den „Wehrverband der monarchistischen Jugend Oesterreichs“, ernannte sich selbst zum „Reichsführer“.

adelt sich selbst zum „Ritter von Wortschitzky-Suwerow“, eröffnete ein Bankkonto, liess Briefpapiere und Visitenkarten drucken und verschickte Bittelbriefe.

Und es kam Geld ein! Es fanden sich „Patrioten“, die diesen Lausbuben und seine Anhänger unterstützten. Unter diesen „Patrioten“ waren Prälaten, Bischöfe, Generalstabsoffiziere a. D. und viele Oesterreicher, die sich nach einem Kaiser sehnen, den ihnen „Ritter“ Franz versprach.

Aber so ohne weiteres geben selbst Patrioten kein Geld; Franz musste erfinderisch sein —

und er erlud ein Kaiser-Karl-Denkmal in Wien.

Er bettete in seinen Briefen immer um 200 Schilling: „da eine Abordnung des Wehrverbandes an der Enthüllung des Denkmals für den verstorbenen Kaiser Karl teilnehmen müsste“.

Unglücklicherweise wandte sich Ritter Franz auch an den Prälaten und Nationalrat Schöpfer um 200 Schilling. Prälat Schöpfer liess den Schöpfer des „Wehrverbandes“ verhaften. Ein Kaiser-Karl-Denkmal wird wohl in absehbarer Zeit in Wien nicht errichtet werden.

Aber das Gericht musste Franz freisprechen, weil sich kein „Geneppter“ bei Gericht gemeldet hatte, weil dem edlen Ritter Franz nicht nachgewiesen werden konnte, dass er die Absicht gehabt hatte, die „Geldgeber“ des „Wehrverbandes“ zu schädigen. Die vier Mitglieder dieses Verbandes erklärten, dass ihr „Reichsführer“ statutenmässig die eingegangenen Gelder verwendete. . . .

„O, du mein Oesterreich!“

„Greater Rockford“ verschollene

Keine Nachricht vom Ozeanflieger Hassel

OTTAWA, 20. August.

Einer drahtlosen Meldung zufolge ist das Flugzeug Hassels, das sich auf dem Wege über Gronland und Island nach Skandinavien befindet, zwei Stunden nach dem Start über Rupert House an der Südspitze der Hudson Bai gesichtet worden. Obwohl alle der Regierung gehörenden Funkstationen im Gebiete der Hudson Bai und an der Küste des Atlantischen Ozeans die Anweisung erhalten haben, jede Sichtung des Flugzeuges Hassels „Greater Rockford“ zu berichten, wurde bis in die heutigen späteren Nachmittagsstunden von keiner Station gemeldet, dass sie irgendwelche Verbindung mit dem Flugzeug habe.

Pädagogisches Institut für die Russland-Deutschen. Das Volkskommissariat für Volkbildung der RSFSR fasste den Beschluss, in der Republik der Deutschen im Wolgarebiet ein pädagogisches Institut für die Bevölkerung dieser Republik, sowie für alle die Sowjetunion bewohnenden Deutschen zu errichten.

Kommt der Weltbund der Jugend zustande?

Der Weltjugend-Friedenskongress in Holland

Seit mehr als drei Jahren ist in vielen Ländern eine Bewegung im Gange, einen Weltbund der Jugend für die Welt zu gründen. Diese Bewegung ist in diesem Jahre zu einem gewissen Abschluss gekommen. In diesen Tagen findet in Holland ein grosser Weltjugend-Friedenskongress statt, auf dem von 500 Delegierten der Nationen, Rassen und Klassen die Möglichkeiten zur Gründung eines Weltbundes der Jugend für den Frieden untersucht werden sollen. Besonders interessant ist, dass auch eine Abordnung junger russischer Kommunisten an den Verhandlungen des Kongresses teilnimmt.

In Deutschland hat diese Arbeit seit dem vorjährigen Weltjugendtreffen auf der Freusburg einen besonderen Aufschwung genommen. Die Jugend aller Richtungen ist sich näher gekommen und hat sich zu einer „überbündlichen Aussprache“ zusammengefunden. Das Ergebnis dieser Aussprache liegt nunmehr in der kürzlich erschienenen Broschüre „Für einen Weltbund der Jugend“ vor. Verlag Lothar Schmidt, Frankfurt a. M., Weissfrauenhof, ist eigenartig genug. Es äussert sich jeder Jugendführer der verschiedensten politischen Richtungen zum Thema der gemeinsamen Arbeit für den Frieden. Der Preis ist von den Jungkommunisten bis zu den Jungnationalen gespannt. Und gerade die Ausführungen der Jugendführer von der Ultrarechten sind es, die aufhorchen lassen. Hier werden Töne angeschlagen, die man noch

nie gehört hat, und die erkennen lassen, wie weit auch auf dieser Seite das Misstrauen der Jugend gegen die herrschende politische Generation geht. Wenn die in der Aussprache zutage tretenden Gegensätze zum Teil auch noch recht erheblich sind, so föhlt man doch bei allen Beiträgen etwas wie einen gemeinsamen Willen, der an irgend einer Stelle zum Ausdruck kommt.

Diese zweifellos sehr interessante und für den Weg unserer Zeit höchst charakteristische Broschüre hat in der Tat jedem etwas zu sagen. Man muss sich mit den in ihr zum Teil in ganz neuer Weise angeschnittenen Fragen auseinandersetzen. Darüber hinaus aber wird man auf das Ergebnis der in E r d e bei Ommen (Holland) stattfindenden Tagung gespannt sein dürfen.

E. K.

Schnelldienst

Der deutsche Pilger Martinus ist in Le Bourget eingetroffen.

Der Beginn der deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen wird für Anfang September erwartet.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schaeffer, ist dem Ehrenauschuss der vom 31. August bis 3. September d. J. stattfindenden 3. grossen deutschen Funkausstellung beigetreten.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, wird im Herbst eine Rundreise durch die meisten europäischen Staaten unternehmen, um über gemeinsames Vorgehen in einer Reihe von Arbeitsfragen zu beraten.

Pilsudski ist in Rumänien eingetroffen, wo er seinen Urlaub verbringt.

Nach den bisher bekannten griechischen Wahlergebnissen haben die republikanischen Wählerlisten einen bedeutenden Sieg errangen.

